

zum Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nummer 4*

Ausgegeben in München am 1. März 2006

Jahrgang 2006

Inhalt

	Seite		Seite
Zulassung von Diplomingenieuren (Univ.) Elektrotechnik sowie Diplomingenieuren (Univ.) Maschinenbau zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen – September 2006	46*	Berufsbegleitende sonderpädagogische Weiterbildung zum/zur „Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“	54*
Zweite Staatsprüfungen 2007 für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen nach der Lehramtsprüfungsordnung II	46*	Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien 2007/II nach der Lehramtsprüfungsordnung II	58*
Seminar der Förderlehrer	47*	Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer in den ersten Dienstjahren an Gymnasien in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz	59*
Berufsbegleitende sonderpädagogische Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe an Förderschulen ..	49*	Seminar zur staatlichen Anerkennung zum Chorleiter an der Bayerischen Musikakademie Marktoberdorf in neun Phasen vom 28. Oktober 2005 bis Oktober 2007	59*
Ausschreibungen von Referentenstellen	53*	Hinweis	60*
Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz	54*	Offene Stellen	60*

**Zulassung von Diplomingenieuren
(Univ.) Elektrotechnik sowie
Diplomingenieuren (Univ.) Maschinenbau
zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an
beruflichen Schulen – September 2006**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 26. Januar 2006 Nr. VII.2-5 S 9008-7.131 473

Auf Grund des steigenden Bedarfs an Bewerbern für das Lehramt an beruflichen Schulen in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik werden ausnahmsweise zu dem am 12. September 2006 beginnenden Vorbereitungsdienst voraussichtlich bis zu 10 Diplomingenieure (Univ.) Elektrotechnik sowie bis zu 25 Diplomingenieure (Univ.) Maschinenbau zugelassen. Absolventen einer Fachhochschule können nicht berücksichtigt werden.

Bevorzugt werden Bewerber, welche die Diplomprüfung nach 2000 abgelegt und mit der Note gut oder besser bestanden haben. Sie sollen bei Beginn des Vorbereitungsdienstes das 38. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Die Bewerbungen sind bis spätestens

3. April 2006

an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München, zu richten.

Vorzulegen sind eine amtlich beglaubigte Ablichtung des Diplomzeugnisses, ein tabellarischer Lebenslauf und der Nachweis einer einschlägigen Berufsausbildung oder eines mindestens einjährigen einschlägigen Betriebspraktikums oder einer einjährigen einschlägigen Berufstätigkeit.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach den in der Diplomprüfung erzielten Noten, der Berufserfahrung, dem Lebensalter sowie dem Ergebnis eines Bewerbungsgesprächs beim Studienseminar.

Eine Vormerkung für spätere Einstellungstermine ist nicht möglich. Aus der Ableistung des Vorbereitungsdienstes und dem Bestehen der Zweiten Staatsprüfung kann kein Anspruch auf Verwendung im öffentlichen Schuldienst abgeleitet werden.

Weitere Informationen können im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:
<http://www.km.bayern.de>

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2006 S. 46*
StAnz 2006 Nr. 7

**Zweite Staatsprüfungen 2007
für das Lehramt an Grundschulen
und das Lehramt an Hauptschulen
nach der Lehramtsprüfungsordnung II**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 1. Februar 2006 Nr. IV.4-5 S 7154-4.354

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus veranstaltet Zweite Staatsprüfungen für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen 2007 für diejenigen Lehramtsanwärter, die im September 2005 in den Vorbereitungsdienst eingetreten sind, nach der Ordnung der Zweiten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen (Lehramtsprüfungsordnung II – LPO II) vom 28. Oktober 2004 (GVBl S. 428, BayRS 2038-3-4-8-11-UK).

Ferner sind zu den Zweiten Staatsprüfungen die Bewerber zugelassen, die auf Grund einer Verlängerung oder Verkürzung ihres Vorbereitungsdienstes diesen Prüfungen zugewiesen sind, und die Bewerber, die zur Wiederholung der Prüfung wegen Nichtbestehens in den Vorbereitungsdienst wieder eingestellt worden sind.

Zu den Zweiten Staatsprüfungen können auf Antrag Bewerber zugelassen werden, die sich diesen Prüfungen zur Notenverbesserung unterziehen wollen.

Hierzu wird bekannt gegeben:

1. Die Prüfungen werden nach der Lehramtsprüfungsordnung II an den jeweiligen Schulorten der Prüfungsteilnehmer (Einzel- und Doppellehrprobe) und an ausgewählten Orten in den jeweiligen Regierungsbezirken (Kolloquium) durchgeführt. Die mündlichen Prüfungen finden in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg statt.
2. Die Einzelprüfungen werden wie folgt abgelegt:
 - 2.1 Einzellehrprobe und Doppellehrprobe in der Zeit vom 29. Januar 2007 bis 25. Mai 2007
Hinweis: Die Reihenfolge Einzellehrprobe – Doppellehrprobe ist bei jedem Prüfungsteilnehmer einzuhalten. Daneben ist zu gewährleisten, dass dem einzelnen Teilnehmer eine angemessene Frist zwischen dem Ablegen der Einzel- und der Doppellehrprobe eingeräumt wird.
 - 2.2 das Kolloquium in der Zeit vom 19. März 2007 bis 11. Mai 2007
 - 2.3 die mündliche Prüfung in der Zeit vom 29. Mai 2007 bis 1. Juni 2007
In begründeten Fällen (z.B. nach § 12 LPO II) kann das Prüfungsamt genehmigen, dass Prüfungsteile auch außerhalb der genannten Prüfungszeiträume abgelegt werden.
3. Hinsichtlich der schriftlichen Hausarbeit sind die in § 18 LPO II genannten Fristen zu beachten. Die Themenvergabe erfolgt in der Zeit vom 12. April 2006 bis zum 11. Oktober 2006.

4. Lehramtsanwärter, die den Vorbereitungsdienst im September 2005 begonnen haben und eine Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach abgelegt haben oder während des Vorbereitungsdienstes bis spätestens 19. Januar 2007 ablegen, haben, soweit sie die Lehrbefähigung im Erweiterungsfach anstreben, auch die Zweite Staatsprüfung im Erweiterungsfach abzulegen (§ 28 Abs. 1 LPO II). Die Zweite Staatsprüfung im Erweiterungsfach ist zusammen mit den Zweiten Staatsprüfungen für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen zu den unter Nummer 2.1 (Einzellehrprobe) und Nummer 2.3 (mündliche Prüfung) genannten Terminen abzulegen. Die Lehramtsanwärter haben dem örtlichen Prüfungsleiter an der jeweils zuständigen Regierung eine etwaige Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach mit allen erforderlichen Einzelangaben (Fach, Termin der erfolgreichen Ablegung der Prüfung) unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.
5. Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen zur Notenverbesserung nach § 11 LPO II:

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007 können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die diese Prüfung erstmals 2006 abgelegt und bestanden haben.
- 5.1 Die Meldung nach § 16 Abs. 3 LPO II zur Wiederholung der Prüfung hat spätestens zu erfolgen:

5.1.1 falls die schriftliche Hausarbeit neu gefertigt wird: bis 15. Juli 2006
5.1.2 falls die bei der Erstablegung der Prüfung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet werden soll: innerhalb von 4 Wochen nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses.

Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung ist an das Prüfungsamt der jeweils zuständigen Regierung zu richten.
- 5.2 Die Bewerber haben die Zweite Staatsprüfung (Wiederholungsprüfung) zu den unter Nummer 2 und 3 (falls die schriftliche Hausarbeit neu gefertigt wird) genannten Terminen abzulegen.
6. Gesuche von Schwerbehinderten und Gleichgestellten um Gewährung von Nachteilsausgleich nach § 38 der Allgemeinen Prüfungsordnung in der Fassung vom 24. März 1992 (GVBl S. 47, BayRS 2030-2-10-F) sind mit den einschlägigen Nachweisen gleichzeitig mit der Meldung zur Prüfung einzureichen.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2006 S. 46*
StAnz 2006 Nr. 6

Seminar der Förderlehrer

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 2. Februar 2006 Nr. IV.3-5 S 7121-4.10 519

Das im Folgenden dargestellte Rahmenprogramm ist jeweils in zwei Seminarjahren im Seminar zu behandeln.

Die Seminarleiter erarbeiten auf der Grundlage des vorgegebenen Rahmenprogramms einen Jahresarbeitsplan. Der Jahresarbeitsplan wird jedem Seminarteilnehmer zu Beginn des Seminarjahres ausgehändigt.

1. Rahmenprogramm 2006/2007 und 2007/2008

1.1 Schulpädagogik und Schulpsychologie

- Erziehen und bilden:
Bildungs- und Erziehungsziele, Werteerziehung;
Erzieherisch wirksames Handeln;
Soziales Lernen und grundlegende politische Bildung;
Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten;
- Lehren und lernen:
Psychologie des Lehrens und Lernens, insbesondere unter den Aspekten „Übungsgrundsätze“ und „Erfolgssicherung“;
Planung, Organisation und Gestaltung von Unterricht unter Berücksichtigung der individuellen Lernvoraussetzungen;
Vorbereitung, Organisation und Begleitung von Lernprozessen;
Erhebung, Beurteilung und Bewertung von Schülerleistungen;
- Fördern und beraten:
Lernstandsdiagnose und kontinuierliche Schülerbeobachtung als Grundlage individueller Fördermaßnahmen;
Begleitung und Förderung einer individuellen Leistungsentwicklung;
Fördern und beraten von Schülern mit Lernschwierigkeiten, Lern- und Leistungsstörungen sowie besonderen Begabungen;
Zusammenarbeit mit Lehrern, Mobilen Sonderpädagogischen Diensten und Schulpsychologen;
Entwicklung von Förderplänen auf der Grundlage informeller Diagnostik;
Zusammenarbeit mit Eltern;

1.2 Methodik und Didaktik:

- Ziele, Inhalte und Formen der Arbeit der Förderlehrer im Deutschunterricht der Grund- und Hauptschule
- Ziele, Inhalte und Formen der Arbeit der Förderlehrer im Mathematikunterricht der Grund- und Hauptschule
- Ziele, Inhalte und Formen der Arbeit der Förderlehrer in eigenverantwortlichen Unterrichtsbereichen:
Förderunterricht Deutsch, Deutsch als Zweitsprache, Lese-Rechtschreibschwäche, Rechenschwäche;

- Ziele, Inhalte und Formen der Arbeit der Förderlehrer in Sonderbereichen: Ganztagschulen, kombinierte Klassen, Kooperationsklassen, Schullandheimaufenthalte, Schulveranstaltungen, Projekte;
- 1.3 Schulrecht und Schulkunde**
- Oberste Bildungsziele
 - Der Staat als Garant von Schüler- und Elternrechten:
Angebot eines Schulwesens, das in seiner Gliederung Art. 132 der Bayerischen Verfassung entspricht;
Grundsätze des Schulbetriebs;
 - Entwicklung heutiger Formen des Schulbetriebs aus gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
 - Schulleitungen, Lehrkräfte, Förderlehrer und Eltern in gemeinsamer Sorge um den Schüler: Vorkehrungen zum Schutz des Schülers vor Gefahren und Beeinträchtigungen;
Sicherung angemessener unterrichtlicher Förderung und Erziehung;
Miteinbeziehung der Schüler in die Gestaltung des Schullebens und in die Entwicklung einer Schulkultur;
- 2. Das Seminar der Förderlehrer**
- 2.1** Ein Seminarjahr entspricht in seiner Dauer dem Schuljahr. Es wird wöchentlich ein Seminartag durchgeführt. An den Seminartagen sind die Förderlehreranwärter an ihren Schulen von ihrer Unterrichts- und sonstigen Tätigkeiten freigestellt.
- 2.2** Ein Seminartag dauert fünf Vollstunden. Einmal im Seminarjahr können zwei Seminartage zusammengelegt werden. Themen der allgemeinen Ausbildung können während des Vorbereitungsdienstes durch Sonderveranstaltungen ergänzt werden, die auch als Ganztags- oder mehrtägige Veranstaltungen durchgeführt werden können.
- 2.3** Jeder Seminarteilnehmer hat sich in angemessener Weise auf die zu bearbeitenden Themen des Seminartages vorzubereiten. Im Mittelpunkt des Seminartages stehen unterrichts- und berufsspezifische Fragen. Diese werden auch durch die Mitschau, Analyse und Besprechung von Unterrichtsbeispielen geklärt. Den Seminarteilnehmern soll Gelegenheit gegeben werden, Fragen aus ihrer Unterrichts- und Erziehungspraxis gemeinsam zu erörtern und zu klären, auch wenn sie mit den Themen des Seminartages nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen.
- 3. Aufgaben des Seminarleiters**
- 3.1** Der Seminarleiter legt für jeden Seminarteilnehmer einen Seminarbogen an. Der Seminarbogen weist die dienstliche Verwendung des Seminarteilnehmers und seine Leistungen während des Vorbereitungsdienstes aus. Der Seminarbogen ist nicht Bestandteil des Personalaktes. Er gehört zu den Prüfungsakten. Der Seminarbogen wird für die Zeit des Vorbereitungsdienstes beim Seminarleiter und nach Ablegung der II. Staatsprüfung (Anstellungsprüfung) der Förderlehrer bei der Regierung aufbewahrt.
- 3.2** Zur Beratung des Förderlehreranwärters führt der Seminarleiter Unterrichtsbesuche durch. Im zweiten Jahr des Vorbereitungsdienstes sind bis zum Zeitpunkt der Ankündigung des praktischen Teils der Prüfung mindestens zwei Beratungsbesuche durchzuführen. Die Festlegungen und Beratungsinhalte bei Schulbesuchen werden im Seminarbogen festgehalten. In besonders gelagerten Fällen können der Kooperationslehrer und der Schulleiter beigezogen werden.
- 3.3** (1) Die Förderlehreranwärter eines Ausbildungsjahrgangs eines Seminars wählen aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit für die Dauer des Vorbereitungsdienstes einen Seminarsprecher und einen Stellvertreter.
- (2) Die Wahlen werden jeweils innerhalb der ersten sechs Wochen nach Beginn des Schuljahres abgehalten. Sie erfolgen schriftlich und geheim. Die Wahlen sind nur zulässig, wenn mindestens drei Viertel der Wahlberechtigten anwesend sind. Eine Abwahl ist nur einmal während der Dauer des Vorbereitungsdienstes und mit mindestens zwei Drittel Mehrheit der Wahlberechtigten zulässig. Rücktritt oder Abwahl bedingen eine Neuwahl innerhalb von vier Wochen.
- 4. Besondere Verpflichtungen des Förderlehreranwärters**
- 4.1** Der Seminarteilnehmer erstellt über jede Unterrichtswoche einen Tätigkeitsnachweis in Form eines Wochenplans. Dieser ist dem zuständigen Seminarleiter bei Schulbesuchen vorzulegen. Am Ende des Seminarjahres stellt der Seminarleiter im Seminarbogen aktenkundig fest, ob der Tätigkeitsnachweis ordnungsgemäß geführt worden ist. Tätigkeitsnachweise sind am Ende des Schuljahres bei der Schulleitung abzugeben und dort aufzubewahren.
- 4.2** Der Schulleiter weist dem Seminarteilnehmer eine betreuende Lehrkraft (Lehrer/Förderlehrer) zu. Die abzuleistenden Hospitationsstunden sind vor allem in den Klassen abzuleisten, aus denen sich die Fördergruppen zusammensetzen. Im Rahmen der Hospitation kann bis zu drei Unterrichtsstunden eigenverantwortlich hospitiert werden. Über die ordnungsgemäße Durchführung der Hospitation führt der Seminarteilnehmer einen Hospitationsnachweis. Er dient dem Seminarleiter am Ende des Schuljahres als Grundlage für einen Vermerk im Seminarbogen über die ordnungsgemäße Ableistung der Hospitation.
- 4.3** Die Förderlehreranwärter fertigen im ersten Seminarjahr drei, im zweiten Seminarjahr zwei besondere Unterrichtsvorbereitungen an. In diesen Arbeiten sind jeweils drei Fördereinheiten mit Differenzierungsgruppen in Kooperation mit Lehrern bzw. Unterrichtseinheiten im eigenverantwortlichen Unterrichtseinsatz (s. Dienstanweisung für den Einsatz von Förderlehrern an Volksschulen und Förderschulen, KMBek vom 18. August 1998 Nr. IV/5-P 7035-4/119 313, Punkt 2.1) darzustellen. Die schriftlichen Darstellungen werden praktisch erprobt, nach Möglichkeit in Anwesenheit des Seminarleiters.

Schwerpunkte dieser schriftlichen Darstellung sind:

- die pädagogische und unterrichtliche Situation der jeweiligen Schülergruppe
- diagnosegeleitete Aussagen zu individuellen Fähigkeiten in den Bereichen Schulleistung, Arbeits- und Sozialverhalten auf der Grundlage von Schülerbeobachtungen, Lernstandsbestimmungen und Fehleranalysen
- eine Sachanalyse
- der Bezug zum amtlichen Lehrplan
- die Begründung der Differenzierungs- bzw. Fördermaßnahme und die Einordnung der Tätigkeit – des Förderlehrers in die Lernsequenz
- die angestrebten Lernergebnisse
- die didaktisch-methodische Begründung und Darstellung des Vorgehens

- 4.4 Die Seminarteilnehmer haben sich nachweislich auf ihren Unterricht vorzubereiten. Diese Unterrichtsvorbereitungen sind beim Schulbesuch dem Seminarleiter vorzulegen.

Dr. Berggreen - Merkel

Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2006 S. 47*

Berufsbegleitende sonderpädagogische Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe an Förderschulen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 6. Februar 2006 Nr. IV.8-5 P 8031.1.1-4.7518

1. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus veranstaltet in den Jahren 2006 bis 2008 einen weiteren Lehrgang zur berufsbegleitenden sonderpädagogischen Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe in Förderschulen:

Lehrgang 37 in Heilsbronn/Mfr.

Der Lehrgang befasst sich insbesondere mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten geistige Entwicklung (KMBek vom 7. Juni 1999 KWMBl I S. 191) und körperliche und motorische Entwicklung (KMBek vom 23. Juli 1998 KWMBl I S. 405).

2. Der Lehrgang ist vorgesehen für Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe, das über keine heilpädagogische oder sonderpädagogische Zusatzausbildung verfügt. Er wendet sich vor allem an Personal in den Schulvorbereitenden Einrichtungen

und in den Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung (einschließlich mobiler sonderpädagogischer Dienste). Der Lehrgang steht sowohl für staatliches wie auch für privat angestelltes Personal offen.

Mit der Ausschreibung zum Lehrgang Nr. 37 sollen vor allem Personen angesprochen werden, die bereits mehrere Jahre ihren Dienst als Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe an Förderschulen versehen und aus dienstlichen oder privaten Gründen noch keine Gelegenheit hatten, an einer berufsbegleitenden sonderpädagogischen Zusatzausbildung teilzunehmen. Die Bewerber sollten sich mindestens drei Jahre lang im staatlichen oder privaten Förderschuldienst bewährt haben.

3. Kriterium für die Auswahl der etwa 30 Teilnehmer ist die Dauer der bisherigen Tätigkeit im staatlichen oder privaten Förderschuldienst, ggf. auch das Lebensalter. Je Förderschule können sich zwar mehrere Teilnehmer bewerben, bei der Auswahl kann jedoch aus unterrichtsorganisatorischen Gründen nur eine Person berücksichtigt werden.
4. Die Ausbildung beginnt am 9. Oktober 2006 (1. Lehrgangswoche 9. bis 13. Oktober 2006) und erstreckt sich über insgesamt zwei Jahre. Sie wird sowohl in 17 Wochenkursen als auch an Einzeltagen durchgeführt. Inhaltlich ist sie schwerpunktmäßig auf die sonderpädagogischen Einsatzfelder dieses Personenkreises und auf die jeweiligen sonderpädagogischen Förderschwerpunkte bezogen. Sie umfasst etwa 640 Stunden einschließlich der schulpraktischen Ausbildung und schließt mit einer Prüfung ab. Der letzte Ausbildungsabschnitt findet voraussichtlich vom 7. bis 11. Juli 2008 statt.

Nach der erfolgreichen Ausbildung können die Erzieher die Berufsbezeichnung „Heilpädagogische(r) Förderlehrer(in)“ führen (Art. 60 Abs. 2 BayEUG).

5. Die Ausbildung ist gebührenfrei. Nichtstaatliche Teilnehmer haben im Falle der auswärtigen Unterbringung während der Wochenkurse für die anfallenden Kosten für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung selbst aufzukommen. Falls die privaten Schulträger diese Kosten übernehmen, können ihnen die Auslagen als notwendiger Schulaufwand ersetzt werden (vgl. KMS vom 3. Mai 1971 Nr. III A 8-4/24 075).
6. Gesuche um Zulassung zur Ausbildung sind auf dem Dienstweg bis 1. Mai 2006 an die zuständige Regierung zu richten. Dem Gesuch ist eine Lebenslaufdarstellung beizugeben, aus der die berufliche Ausbildung und die bisherige berufliche Verwendung zu ersehen sind.
7. Die Zulassung erfolgt in jedem Falle unter der Bedingung, dass der Teilnehmer die Ausbildung zu Ende führt und nicht vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung auf eigenen Antrag oder aus sonstigen in seiner Person liegenden Gründen aus dem staatlichen oder nichtstaatlichen Förderschuldienst innerhalb des Freistaates Bayern ausscheidet. Dem Zulassungsgesuch ist deshalb außerdem

- bei staatlichen Bewerbern eine persönliche schriftliche Erklärung nach Anlage 1
- bei nichtstaatlichen Bewerbern eine schriftliche Erklärung des privaten Schulträgers nach Anlage 2 beizufügen.

Den privaten Schulträgern wird deshalb empfohlen, sich ihrerseits vom Bewerber eine auf sie lautende Verpflichtungserklärung entsprechend Anlage 1 geben zu lassen, in der „Freistaat Bayern“ durch die Bezeichnung des Schulträgers zu ersetzen ist.

Das Staatsministerium kann im Einzelfall auf die Rückforderung ganz oder teilweise verzichten, wenn diese eine besondere Härte bedeuten würde.

8. Die Organisation der Lehrgänge obliegt der Regierung von Mittelfranken. Über die Zulassung zum Lehrgang und über nähere Einzelheiten der Durchführung werden die Bewerber rechtzeitig zum Ende des Schuljahres 2005/2006 über die Regierungen unterrichtet.
9. Staatlich anerkannte Erzieher an Förderschulen ohne heilpädagogische oder sonderpädagogische Zusatzausbildung, die Interesse an einer Zusatzausbildung haben, jedoch aus persönlichen oder organisatorischen Gründen an dem ausgeschriebenen Lehrgang nicht teilnehmen können oder eine Ausbildung zum Staatlich anerkannten Heilpädagogen/zur Staatlich anerkannten Heilpädagogin anstreben, werden auf Folgendes hingewiesen:

Es ist möglich, Fachakademien für Heilpädagogik auch in berufsbegleitender Form zu besuchen und den Abschluss der Fachakademie zu erreichen („Staatlich anerkannter Heilpädagoge“/„Staatlich anerkannte Heilpädagogin“). Die berufsbegleitende Form der Ausbildung dauert vier Jahre. Mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde kann eine dreijährige Teilzeitausbildung durchgeführt wer-

den, wenn dies dem Wunsch der überwiegenden Zahl der Bewerber entspricht; ein daneben bestehendes Beschäftigungsverhältnis darf nicht mehr als zwei Drittel der regulären wöchentlichen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst umfassen.

Mit dem Abschluss der Fachakademie stehen den Absolventen über den Bereich der Förderschulen hinaus alle Tätigkeitsfelder der Heilpädagogen offen. Bei einer Prüfungsgesamtnote „sehr gut“ im Abschlusszeugnis der Fachakademie und einer mit „sehr gut“ bestandenen staatlichen Ergänzungsprüfung erhalten die Absolventen die fachgebundene Hochschulreife und können nach § 6 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe f der Qualifikationsverordnung (QualV) vom 28. November 2002 (GVBl I S. 864, ber. 2003 S. 9), zuletzt geändert durch §2 der Verordnung vom 18. November 2005 (GVBl. S. 588), u.a. das Studium für das Lehramt an Sonderschulen aufnehmen. Sie können ebenso wie die Absolventen der staatlichen berufsbegleitenden sonderpädagogischen Zusatzausbildung nach ihrer heilpädagogischen Ausbildung entsprechend den Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) höhergruppiert werden.

Interessenten für diesen Weg der Zusatzausbildung setzen sich mit einer Fachakademie für Heilpädagogik (Standorte: Augsburg, Hof, Markt Indersdorf, München, Regensburg, Schwarzenbruck/Mfr., Würzburg) in Verbindung und erhalten dort nähere Informationen über Möglichkeiten, Inhalte, Formen, Wege und Kosten der berufsbegleitenden Form der Ausbildung.

E r h a r d
Ministerialdirektor

ANLAGE 1

.....
(Zu- und Vorname)

Berufsbegleitende sonderpädagogische Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe 2006 bis 2008

ERKLÄRUNG

1. Ich verpflichte mich unwiderruflich, die mir während des Sonderurlaubs belassene Vergütung (Bruttobetrag) sowie die gewährten Reisekosten an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen, wenn ich während der Zusatzausbildung oder vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung auf eigenen Antrag oder aus sonstigen in meiner Person liegenden Gründen aus dem staatlichen, privaten oder kommunalen Förderschuldienst innerhalb des Freistaats Bayern ausscheide.

Ich habe dann bei einem Ausscheiden während

- der Zusatzausbildung oder des ersten Jahres nach ihrer Beendigung 100%,
- des zweiten Jahres 66 2/3%,
- des dritten Jahres 33 1/3%

der belassenen Vergütung und der erhaltenen Reisekosten zurückzuzahlen.

2. Breche ich – ohne aus dem Förderschuldienst auszuschneiden – diese Zusatzausbildung ab, bin ich zur Rückzahlung der Vergütung und der Reisekosten in vollem Umfang an den Freistaat Bayern verpflichtet.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift) "

„.....
(Name und Anschrift des Schulträgers)

Berufsbegleitende sonderpädagogische Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe 2006 bis 2008

ERKLÄRUNG

1. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns unwiderruflich, die mir/uns gemäß Art. 33 Abs. 1 BaySchFG geleistete Personalaufwandsvergütung mit Ausnahme des Versorgungszuschlags in der Höhe des Anteils an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen, der den Zeiten der Teilnahme von
Herrn/Frau an den Wochenkursen und Einzeltagen dieser Zusatzausbildung entspricht, wenn Herr/Frau während der Zusatzausbildung oder vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung aus dem Förderschuldienst bei mir/uns ausscheidet und nicht in den staatlichen oder kommunalen bayerischen Förderschuldienst eintritt.

Es sind dann bei einem Ausscheiden von Herrn/Frau während

– der Zusatzausbildung oder des ersten Jahres nach ihrer Beendigung 100%,

– des zweiten Jahres 66 2/3%,

– des dritten Jahres 33 1/3%

der Personalaufwandsvergütung sowie der erstatteten Reisekosten zurückzuzahlen.

2. Bricht Herr/Frau – ohne aus dem Förderschuldienst bei mir/uns auszuscheiden – diese Zusatzausbildung ab, bin ich/sind wir zur Rückzahlung des auf die Zeiten seiner/ihrer Teilnahme an den bis dahin durchgeführten Wochenkursen und Einzeltagen entfallenden Anteils der Personalaufwandsvergütung sowie der erstatteten Reisekosten in vollem Umfang an den Freistaat Bayern verpflichtet.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift und Stempel)“.

Ausschreibungen von Referentenstellen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 8. Februar 2006 Nr. IV.3-5 P 7001.1.1-4.9188

Die Stelle eines Referenten/einer Referentin (Regierungsschulrat der BesGr. A 14) für das Sachgebiet 40.2 „Volksschulen – Personal/Organisation“ an der Regierung von Unterfranken wird zur Bewerbung für Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen ausgeschrieben. Es sollen sich Beamte/Beamtinnen bewerben, die die Voraussetzungen für die Zulassung zur Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen nach § 1 der Verordnung vom 11. Mai 1983 (GVBl S. 385), geändert durch Verordnung vom 30. April 2003 (GVBl S. 349) – mindestens vierjährige Bewährung grundsätzlich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 oder höher – erfüllen.

Dem Sachgebiet 40.2 an der Regierung von Unterfranken obliegen im Wesentlichen Aufgaben aus folgenden Bereichen:

- Organisation der öffentlichen Volksschulen
- Organisation und Beaufsichtigung des Unterrichtsbetriebs
- Personalplanung und Personalzuweisung
- Vorbereitung von Beförderungsentscheidungen.
- Prüfungsleitung der Zweiten Staatsprüfungen
- Mitwirkung bei Schulbaumaßnahmen im Volksschulbereich
- Planung des Unterrichts für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache
- Datenverarbeitung in der Schulverwaltung
- Statistiken zum Unterrichtsbereich

Umfassende EDV-Kenntnisse sowie Erfahrungen in der Handhabung von Schulverwaltungsprogrammen werden erwartet. Die Bereitschaft zu selbständigem Arbeiten sowie ein Interesse an organisatorischen Planungsaufgaben werden vorausgesetzt.

Es wird erwartet, dass der Beamte/die Beamtin Wohnung am Dienstort selbst oder in angemessener Nähe nimmt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt eine Erhöhung des Frauenanteils im Schulaufsichtspersonal an. Frauen werden deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Termin für die Einreichung der Bewerbungen wird im Amtlichen Schulanzeiger der Regierung von Unterfranken veröffentlicht.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2006 S. 53*

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 13. Februar 2006 Nr. IV.3-5 P 7001.1.1-4.11 732

Die Stelle eines Referenten/einer Referentin (Regierungsschulrat der BesGr. A 14) für das Sachgebiet 40.2 „Personal/Organisation“ an der Regierung von Niederbayern wird zur Bewerbung für Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen ausgeschrieben. Es sollen sich Beamte/Beamtinnen bewerben, die die Voraussetzungen für die Zulassung zur Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen nach § 1 der Verordnung vom 11. Mai 1983 (GVBl S. 385), geändert durch Verordnung vom 30. April 2003 (GVBl S. 349) – mindestens vierjährige Bewährung grundsätzlich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 oder höher – erfüllen.

Dem Sachgebiet 40.2 an der Regierung von Niederbayern obliegen im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Organisation der öffentlichen Volksschulen
- Organisation und Beaufsichtigung des Unterrichtsbetriebs
- Mitwirkung beim Genehmigungsverfahren für die Errichtung privater Ersatzschulen
- Personalplanung und Personalzuweisung
- Vorbereitung von Beförderungsentscheidungen.
- Datenverarbeitung in der Schulverwaltung
- Statistiken zum Unterrichtsbereich

Sehr gute EDV-Kenntnisse, die Bereitschaft zu selbständigem Arbeiten sowie ein Interesse an organisatorischen Planungsaufgaben werden vorausgesetzt.

Es wird erwartet, dass der Beamte/die Beamtin Wohnung am Dienstort selbst oder in angemessener Nähe nimmt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt eine Erhöhung des Frauenanteils am Schulaufsichtspersonal an. Frauen werden deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Termin für die Einreichung der Bewerbungen wird im Amtlichen Schulanzeiger der Regierung von Niederbayern veröffentlicht.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2006 S. 53*

**Fortbildungsveranstaltung für
katholische Religionslehrer in den
Regierungsbezirken Niederbayern und
Oberpfalz**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 9. Februar 2006 Nr. VI.2-5 P 5160.9-6.7411

Am 9. März 2006 findet für Religionslehrer an den Gymnasien in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz eine Fortbildungsveranstaltung in Regensburg statt.

Thema der Veranstaltung:

Soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung

Tagungsort:

Siemens VDO, Regensburg (Konferenzsaal)

Folgender Ablauf ist vorgesehen:

- | | |
|-----------|---|
| 9.00 Uhr | Begrüßung der Teilnehmer |
| 9.30 Uhr | Werksbesichtigung in vier Gruppen |
| 11.00 Uhr | Expertengespräch |
| | Podium: Standortleiter Reinhard Scheid
Betriebsseelsorger
Reichard Wittmann
Betriebsratsvorsitzender
Hans Fischl
IG Metall-Bevollmächtigter
Walter Meyer
Südzucker Regensburg
Erwin Niebler |
| | Gesprächsleitung: Georg Glöbl |
| 12.45 Uhr | Mittagessen in der Kantine |
| 14.00 Uhr | Vortrag von Prof. Dr. Bernhard Laux,
Universität Regensburg |
| 14.30 Uhr | Diskussion |
| 15.30 Uhr | Methodisch-didaktische Umsetzung:
Unterrichtsmodell für die
13. Jahrgangsstufe (OStR Glöbl) |
| 16.15 Uhr | Abschlussreflexion |
| 16.30 Uhr | Ende der Tagung |

Den Teilnehmern der Fortbildungsveranstaltung kann, soweit es der Schulbetrieb zulässt, Dienstbefreiung gewährt werden. Die Anmeldung erfolgt über die Schulleitungen bei der jeweiligen MB-Dienststelle. Die Teilnehmerzahl ist auf je 20 pro MB-Bezirk begrenzt.

Die hauptberuflichen Religionslehrer an den auswärtigen staatlichen Gymnasien erhalten Ersatz der Fahrtkosten in Höhe von 50% der tatsächlich entstandenen Kosten. Die Reisekostenrechnungen sind binnen zwei Wochen nach Abschluss der Tagung der zuständigen Regierung vorzulegen. Die Auszahlung erfolgt zu Lasten Kap. 05 04 Tit. 525 95-1. Den Trägern nichtstaatlicher Schulen wird empfohlen, ihren Lehrkräften die Teilnahme in ähnlicher Weise zu ermöglichen. Die Teilnehmer erhalten vor Ort von Seiten der Diözesen Regensburg, Eichstätt und Passau einen weiteren Reisekostenzuschuss von 10,- €.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2006 S. 54*
StAnz 2006 Nr. 7

**Berufsbegleitende sonderpädagogische
Weiterbildung zum/zur
„Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 9. Februar 2006 Nr. IV.8-5 P 8031.1.1-4.7523

1. Die Stiftung Pfennigparade München veranstaltet in den Jahren 2006 bis 2008 einen 3. Lehrgang zur berufsbegleitenden (sonderpädagogischen) Weiterbildung zum/zur „Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“. Dieser Lehrgang wird als amtliche Fortbildung für Lehrkräfte und das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe an Förderschulen einschließlich Heilerziehungspflegekräfte anerkannt.
2. Die Weiterbildung beginnt im September 2006 und erstreckt sich über insgesamt zwei Jahre. Sie wird sowohl in Wochenkursen bzw. Wochenendseminaren als auch an Einzeltagen durchgeführt. Sie umfasst insgesamt 1700 Stunden einschließlich des Praxisanteils und schließt mit einer Prüfung ab. Im Rahmen des Praxisanteils wird erwartet, dass die Teilnehmer mindestens 10 Wochenstunden konduktiv arbeiten. Diese 10 Wochenstunden sind Bestandteil der praktischen Ausbildung und werden in regelmäßigen Abständen von den Praxisanleitern supervidiert. Die Abschlussprüfung findet im Sommer 2008 statt.
3. Der Lehrgang der Stiftung Pfennigparade ist für etwa 25 Teilnehmer vorgesehen, von denen 10 aus dem schulischen Bereich ausgewählt werden sollen, davon bis zu 4 staatlich angestellte und 6 privat angestellte Teilnehmer. Für diesen Personenkreis ist er inhaltlich auf die entsprechenden sonderpädagogischen Einsatzfelder an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung bezogen.

Neben den Teilnehmern aus dem schulischen Bereich können 15 Teilnehmer aus außerschulischen Einrichtungen (Heimen, Tagesstätten, Frühförderstellen u.ä.) teilnehmen, die im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen liegen.

Mit der Ausschreibung zum Lehrgang sollen aus dem schulischen Bereich vor allem Personen angesprochen werden, die bereits mehrere Jahre ihren Dienst als Lehrkraft oder als Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe einschließlich Heilerziehungspflegekräfte an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung versehen. Die Bewerber sollen sich mindestens zwei Jahre lang im Dienst an Förderschulen bewährt haben. Kriterium für die Auswahl der etwa 10 Teilnehmer aus dem schulischen Bereich ist auch die Dauer der bisherigen Tätigkeit im staatlichen oder privaten (schulischen) Förderschuldienst. Die Teilnehmer sollen im Anschluss an die Weiterbildung im Bereich der konduktiven Förderung tätig sein und als Multiplikatoren, insbesondere für die schulinterne Lehrerfortbildung, eingesetzt werden können. Bewerber können sich von schulischer Seite aus sowohl Lehrkräfte als

auch Personal für Heilpädagogische Unterrichtshilfe einschließlich Heilerziehungspflegekräfte.

4. Für die Finanzierung der Teilnahme erhebt die Stiftung Pfennigparade einen Eigenanteil in Höhe von 2000,- € von allen Lehrgangsteilnehmern.

Für staatliches schulisches Personal übernimmt die Regierung von Oberbayern die gesamte Kosten-erstattung (Lehrgangsgebühren, Fahrtkosten sowie Unterkunft und Verpflegung nach dem bayerischen Reisesekostenrecht), ausgenommen die Eigenbeteiligung in Höhe von 2000,- €.

Nichtstaatliche Teilnehmer aus dem schulischen Bereich haben für die Lehrgangskosten sowie im Falle der auswärtigen Unterbringung während der Wochenkurse bzw. Wochenendseminare auch für die anfallenden Kosten für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung selbst aufzukommen. Falls die privaten Schulträger diese Kosten übernehmen, werden ihnen die Auslagen – ausgenommen die Eigenbeteiligung in Höhe von 2000,- € – als notwendiger Schulaufwand ersetzt werden (vgl. Ziffer 12.5.17 der KMBek vom 14. Dezember 1982 (KMBI S. 577) und KMS vom 3. Mai 1971 Nr. III A 8-4/24 075).

5. Der Lehrgang schließt mit einem Zertifikat der Stiftung Pfennigparade ab. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus stellt mit der Aushändigung des Zertifikats fest, dass der Weiterbildungslehrgang zum/zur „Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“ der Stiftung Pfennigparade gleichwertig ist der staatlichen berufsbegleitenden sonderpädagogischen Zusatzausbildung für das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe in Bayern. Das Zertifikat berechtigt die Absolventen der Weiterbildung, die als Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe im bayerischen Förderschuldienst beschäftigt sind, zur Führung der Dienstbezeichnung „Heilpädagogische(r) Förderlehrer(in)“ gemäß Art. 60 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesens (BayEUG). Das Zertifikat kann in Verbindung mit dieser Bescheinigung im staatlichen Schuldienst bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen als Grundlage für eine Höhergruppierung dienen. Nichtstaatliches Personal kann in entsprechender Anwendung der Ziffer 10.5 der KMBek vom 14. Dezember 1982 (KMBI S. 577) vergütet werden. Nicht schulisches Personal erwirbt mit der Bestätigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus keinen Anspruch auf Übernahme in den Schuldienst.
6. Bewerbungen außerschulischer Personen zur Weiterbildung sind bis 28. April 2006 an die Stiftung Pfennigparade, Phoenix GmbH, Oberföhringer Straße 150, 81925 München, Frau Stelczerné-Oberszt, zu richten. Der Bewerbung ist eine Lebenslaufdarstellung mit Lichtbild beizugeben, aus

der die berufliche Ausbildung und die bisherige berufliche Praxis zu ersehen sind.

Bewerbungen schulischen Personals sind auf dem Dienstweg bis 28. April 2006 zusammen mit einer Stellungnahme der Schulleitung über die spätere Verwendungsmöglichkeit in der konduktiven Förderung an die zuständige Regierung zu richten. Eine Kopie der Bewerbung erhält die Stiftung Pfennigparade.

Die Zulassung der schulischen Bewerber erfolgt in jedem Fall unter der Bedingung, dass der Teilnehmer die Ausbildung zu Ende führt und nicht vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung auf eigenen Antrag oder aus sonstigen in seiner Person liegenden Gründen aus dem staatlichen oder nichtstaatlichen Förderschuldienst innerhalb des Freistaates Bayern ausscheidet.

Dem Zulassungsgesuch ist deshalb außerdem

- bei staatlichen Bewerbern eine persönliche schriftliche Erklärung nach Anlage 1
 - bei nichtstaatlichen Bewerbern eine schriftliche Erklärung des privaten Schulträgers nach Anlage 2
- beizufügen.

Den privaten Schulträgern wird deshalb empfohlen, sich ihrerseits vom Bewerber eine auf sie lautende Verpflichtungserklärung entsprechend Anlage 1 geben zu lassen, in der „Freistaat Bayern“ durch die Bezeichnung des Schulträgers zu ersetzen ist.

Das Staatsministerium kann im Einzelfall auf die Rückforderung ganz oder teilweise verzichten, wenn diese eine besondere Härte bedeuten würde.

7. Die Auswahl der Bewerber aus dem schulischen Bereich trifft das Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit der Stiftung Pfennigparade. Die Organisation des Lehrgangs obliegt der Stiftung Pfennigparade. Über die Zulassung zum Lehrgang und über nähere Einzelheiten der Durchführung werden die Bewerber rechtzeitig über die Regierungen unterrichtet.
8. Die Stiftung Pfennigparade veranstaltet für alle Interessenten am Freitag, den 31. März 2006 um 9.00 Uhr in den Räumen der Phoenix GmbH, Oberföhringer Straße 150, 81925 München, einen Hospitations- und Informationstag. Anmeldungen dazu werden unter Telefonnummer 089/83 93 63 94, Faxnummer 089/89 93 63 95, E-Mail: Mariann.Stelczerné-Oberszt@phoenix-kf.de, erbeten.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

„.....“
(Zu- und Vorname)

Berufsbegleitende sonderpädagogische Weiterbildung zum/zur „Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“
für Lehrkräfte, das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe und Heilerziehungspfleger 2006 bis 2008

ERKLÄRUNG

1. Ich verpflichte mich unwiderruflich, die mir während des Sonderurlaubs belassene Vergütung (Bruttobetrag) sowie die gewährten Reisekosten an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen, wenn ich während der Weiterbildung oder vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung auf eigenen Antrag oder aus sonstigen in meiner Person liegenden Gründen aus dem staatlichen, privaten oder kommunalen Förderschuldienst innerhalb des Freistaats Bayern ausscheide.

Ich habe dann bei einem Ausscheiden während

- der Zusatzausbildung oder des ersten Jahres nach ihrer Beendigung 100%,
- des zweiten Jahres 66 2/3%,
- des dritten Jahres 33 1/3%

der belassenen Vergütung und der erhaltenen Reisekosten zurückzuzahlen.

2. Breche ich – ohne aus dem Förderschuldienst auszuschneiden – diese Weiterbildung ab, bin ich zur Rückzahlung der Vergütung und der Reisekosten in vollem Umfang an den Freistaat Bayern verpflichtet.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)“

ANLAGE 2

.....
(Name und Anschrift des Schulträgers)

Berufsbegleitende sonderpädagogische Weiterbildung zum/zur „Pädagogisch-therapeutischen Konduktor/in“
für Lehrkräfte, das Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe und Heilerziehungspfleger 2006 bis 2008

ERKLÄRUNG

1. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns unwiderruflich, die mir/uns gemäß Art. 33 Abs. 1 BaySchFG geleistete Personalaufwandsvergütung mit Ausnahme des Versorgungszuschlags in der Höhe des Anteils an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen, der den Zeiten der Teilnahme von Herrn/Frau an den Wochenkursen, Wochenendseminaren und Einzeltagen dieser Weiterbildung entspricht, wenn Herr/Frau während der Weiterbildung oder vor Ablauf von drei Jahren nach deren Beendigung aus dem Förderschuldienst bei mir/uns ausscheidet und nicht in den staatlichen oder kommunalen bayerischen Förderschuldienst eintritt.

Es sind dann bei einem Ausscheiden von Herrn/Frau während

– der Weiterbildung oder des ersten Jahres nach ihrer Beendigung 100%,

– des zweiten Jahres 66 2/3%,

– des dritten Jahres 33 1/3%

der Personalaufwandsvergütung sowie der erstatteten Reisekosten zurückzuzahlen.

2. Bricht Herr/Frau – ohne aus dem Förderschuldienst bei mir/uns auszuscheiden – diese Weiterbildung ab, bin ich/sind wir zur Rückzahlung des auf die Zeiten seiner/ihrer Teilnahme an den bis dahin durchgeführten Wochenkursen, Wochenendseminaren und Einzeltagen entfallenden Anteils der Personalaufwandsvergütung sowie der erstatteten Reisekosten in vollem Umfang an den Freistaat Bayern verpflichtet.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift und Stempel)“.

Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien 2007/II nach der Lehramtsprüfungsordnung II

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

**vom 14. Februar 2006 Nr. III.1-5 S 5154-PRA.86 485
(2005)**

I.

Die Studienreferendare der Studienseminare September 2005/2007 nehmen an der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien 2007/II nach der Lehramtsprüfungsordnung II (LPOII) teil.

Die Einzelprüfungen werden wie folgt abgelegt:

- die 1. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 1. Dezember 2005 bis 19. Februar 2006 an der Seminarschule,
- die 2. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 8. Mai 2006 bis 18. Februar 2007 an der Einsatzschule,
- die 3. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 16. April 2007 bis 29. Juni 2007 an der Seminarschule,
- das Kolloquium in der Zeit vom 5. März 2007 bis 27. April 2007 und
- die mündliche Prüfung in der Zeit vom 16. April 2007 bis 29. Juni 2007 an der Seminarschule.

Hinsichtlich der schriftlichen Hausarbeit sind die in § 18 LPO II genannten Termine und Fristen zu beachten.

II.

Studienreferendare der Studienseminare September 2005/2007, die eine Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach abgelegt haben oder während des Vorbereitungsdienstes ablegen und auch an der Zweiten Staatsprüfung in diesem Fach teilnehmen wollen, haben diese nach § 28 Abs. 2 LPOII zusammen mit der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien zu den in Abschnitt I, Spiegelstrich 2 oder 3 (Lehrprobe) und 5 (mündliche Prüfung) genannten Terminen abzulegen.

Die Studienreferendare haben den örtlichen Prüfungsleitern (Seminarvorständen) eine etwaige Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach mit allen erforderlichen Einzelangaben (Fach, Termin der erfolgreichen Ablegung der Prüfung) unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

III.

An der Zweiten Staatsprüfung 2007/II nehmen auch die Bewerber teil, die die Zweite Staatsprüfung 2006/II nicht bestanden haben und die zur Wiederholung der Prüfung (§ 10 Abs. 1 LPOII) für ein weiteres Jahr in den Vorbereitungsdienst wieder eingestellt worden sind. Diese Bewerber werden im ersten halben Jahr einem Studienseminar September 2006/2008 und im zweiten halben Jahr einem Studienseminar September 2005/2007 zugewiesen. Sie legen die Einzelprüfungen wie folgt an der Seminarschule ab:

- die 1. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 6. November 2006 bis 1. Dezember 2006,

- die 2. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 8. Januar 2007 bis 30. März 2007.

Für die 3. Prüfungslehrprobe, das Kolloquium und die mündliche Prüfung gelten die Termine von Abschnitt I.

Für den Fall, dass im Rahmen der Wiederholungsprüfung auch die schriftliche Hausarbeit zu fertigen ist, hat der Prüfungsteilnehmer das Thema hierfür bis spätestens 31. Oktober 2006 einzuholen.

Die sonstigen Bestimmungen von §18 LPOII gelten entsprechend.

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/II in einem Erweiterungsfach können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die eine solche Prüfung erstmals 2006/II oder 2007/I abgelegt und nicht bestanden haben (§32 Abs. 1 LPOII).

Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung muss spätestens am 19. Februar 2007 beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingegangen sein. Die Wiederholungsprüfung (Prüfungslehrprobe und mündliche Prüfung) findet in der Zeit vom 16. April 2007 bis 29. Juni 2007 an einer Seminarschule statt.

IV.

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/II können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die diese Prüfung erstmals 2006/II oder 2007/I abgelegt und bestanden haben (§16 Abs.2 LPOII).

Voraussetzung für die Zulassung ist

1. für Bewerber, die die Zweite Staatsprüfung 2006/II bestanden haben, dass sie
 - 1.1 sich bis spätestens 25. September 2006 (bei Fertigung einer neuen schriftlichen Hausarbeit) bzw. 1. Dezember 2006 (bei Anrechnung der anlässlich der Erstablegung gefertigten schriftlichen Hausarbeit) zur Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung schriftlich anmelden,
 - 1.2 der Meldung die in den Ausführungsbestimmungen zu § 16 Abs. 2 LPO II verlangten Unterlagen beifügen und
 - 1.3 mit der Meldung eine Erklärung abgeben, ob sie die bei der Erstablegung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet haben wollen oder nicht;
2. für Bewerber, die die Zweite Staatsprüfung 2007/I bestanden haben, dass sie
 - 2.1 sich bis spätestens 19. Februar 2007 zur Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung schriftlich anmelden und
 - 2.2 gleichzeitig beantragen, dass die bei der Erstablegung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet werden soll.

Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung ist an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in München zu richten.

Diese Bewerber haben die Zweite Staatsprüfung (Wiederholung der Prüfung zur Notenverbesserung) zu den unter Abschnitt I genannten Terminen (Kolloquium und mündliche Prüfung) bzw. in der Zeit vom 1. März 2007 bis 29. Juni 2007 (Prüfungslehrproben) abzulegen.

Das Thema für eine neu zu fertigende schriftliche Hausarbeit ist vom Prüfungsteilnehmer bis spätestens 31. Oktober 2006 einzuholen.

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/II in einem Erweiterungsfach können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die eine solche Prüfung erstmals 2006/II oder 2007/I abgelegt und bestanden haben (§ 32 Abs. 2 LPOII). Die Sätze 2 und 3 des letzten Absatzes von Abschnitt III gelten entsprechend.

V.

In begründeten Fällen (z.B. nach § 12 LPOII) kann das Prüfungsamt genehmigen, dass Prüfungsteile auch außerhalb der genannten Prüfungszeiträume abgelegt werden.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2006 S. 58*
StAnz 2006 Nr. 8

Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer in den ersten Dienstjahren an Gymnasien in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 14. Februar 2006 Nr. VI.2-5 P 5160.9-6.7412

Am 27. April 2006 findet für Religionslehrer in den ersten Dienstjahren an den Gymnasien in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz eine Fortbildungsveranstaltung statt.

Thema der Veranstaltung:

Katholischer Religionsunterricht am Gymnasium in den ersten Dienstjahren

Tagungsort:

Hotel am See, Neutraubling

(genaue Wegbeschreibung erfolgt mit der Einladung nach Anmeldung)

Folgende Themen sind vorgesehen:

1. Reflexion über Erfolge und Defizite der eigenen Arbeit
2. Stellung, Korrektur und Bewertung schriftlicher Leistungserhebungen im Religionsunterricht der Kollegstufe
3. Abitur in Katholischer Religionslehre (Colloquium und drittes Abiturprüfungsfach)
4. Information und Gespräch über Entwicklungen im Bereich des Religionsunterrichts

Den Teilnehmern der Fortbildungsveranstaltung kann, soweit es der Schulbetrieb zulässt, Dienstbefreiung gewährt werden. Die Anmeldung erfolgt über

die Schulleitungen bei der jeweiligen MB-Dienststelle.

Die hauptberuflichen Religionslehrer an den auswärtigen staatlichen Gymnasien erhalten Ersatz der Fahrtkosten in Höhe von 50% der tatsächlich entstandenen Kosten. Die Reisekostenrechnungen sind binnen zwei Wochen nach Abschluss der Tagung der zuständigen Regierung vorzulegen. Die Auszahlung erfolgt zu Lasten Kap. 05 04 Tit. 525 95-1. Den Trägern nichtstaatlicher Schulen wird empfohlen, ihren Lehrkräften die Teilnahme in ähnlicher Weise zu ermöglichen.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2006 S. 59*
StAnz 2006 Nr. 8

Seminar zur staatlichen Anerkennung zum Chorleiter an der Bayerischen Musikakademie Marktoberdorf in neun Phasen vom 28. Oktober 2005 bis Oktober 2007

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 17. Februar 2006 Nr. III.7-5 P 4160.6-6.92 170

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat mit Schreiben vom 12. September 2005 Nr. III.7-5 P 4160.6-6.92 170 das Seminar zur staatlichen Anerkennung zum Chorleiter an der Bayerischen Musikakademie Marktoberdorf in neun Phasen vom 28. Oktober 2005 bis Oktober 2007 als eine die staatliche Lehrerfortbildung ergänzende Maßnahme für Musiklehrkräfte an Grundschulen anerkannt.

Interessenten kann vom Dienstvorgesetzten die Freistellung vom Unterricht gewährt werden, sofern es die schulische Situation erlaubt.

Aus Mitteln der staatlichen Lehrerfortbildung können keine Zuschüsse zu den Kosten der Teilnehmer gewährt werden.

Eine Teilnahme ist auch am laufenden Kurs noch möglich.

Weitere Informationen sind unter www.modmusik.de oder per E-Mail unter info@modmusik.de erhältlich.

Dr. B e r g g r e e n - M e r k e l
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2006 S. 59*
StAnz 2006 Nr. 8

Hinweis



Seminar „Stimmbildung und Vokalbildung“ am 5. und 6. November 2006 in München

Das folgende Seminar „Stimmbildung und Vokalbildung“ für Lehrkräfte aller Schularten an allgemein bildenden Schulen wird am 5. und 6. November 2006 in München veranstaltet:

Ort: Geschäftsstelle des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV), Bavariaring 37, 80336 München, Tel. 089/72 1001-0

Anmeldung: beim BLLV

Offene Stellen

Stellenausschreibungen

An den Schulen der Erzdiözese München und Freising sind zum 1. August 2006 folgende Führungspositionen neu zu besetzen:

am **Maria-Ward-Gymnasium in München-Nymphenburg** und an der **Maria-Ward-Realschule in München-Nymphenburg** jeweils die Stelle **der Schulleiterin/des Schulleiters;**

am **Pater-Rupert-Mayer-Gymnasium in Pullach** die Stelle **der stellvertretenden Schulleiterin/des stellvertretenden Schulleiters;**

an der **St.-Irmengard-Realschule in Garmisch-Partenkirchen** die Stelle **der Konrektorin/des Konrektors.**

Wir suchen engagierte, überzeugende Persönlichkeiten mit überdurchschnittlicher fachlicher und pädagogischer Qualifikation. Die Identifikation mit der Lehre und den Werten der katholischen Kirche sowie die Fähigkeit zu vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der / in der Schulleitung, dem Kollegium, den Eltern und dem Schulträger sind Voraussetzungen für die zu besetzenden Stellen.

Das Dienstverhältnis und die Vergütung richten sich nach dem Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen (ABD). Die Beurlaubung aus dem Staatsdienst ist möglich.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis spätestens 1. April 2006 an das Schulreferat Abt. III, Diözesaneigene Schulen, Schrammerstraße 3/III, 80333 München.

Zum Schuljahresbeginn 2006/2007 ist in der Grundsatzabteilung am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung folgende Stelle als unterhäufige Abordnung und befristet auf fünf Jahre neu zu besetzen:

Referat Schulartübergreifende fachliche Angelegenheiten – Sport (GA-6.8)

Aufgabenbeschreibung:
Hauptschwerpunkt der Tätigkeit sind Fragestellungen und Entwicklungen aus dem Fachbereich Sport, die das Schulsystem als Ganzes oder mehrere Schularten betreffen. Außerdem liegt die Erstellung des Sportabiturs in der Verantwortung des Referats.

Hierzu gehört insbesondere:

- Koordination, Betreuung und Unterstützung schulartübergreifender Aufträge und fachlicher sowie interdisziplinärer Projekte
- Beobachtung fachdidaktischer Entwicklungen im Bereich Sport
- Koordination der Zusammenarbeit der Schulabteilungen im Bereich Sport
- Schulartübergreifende Vertretung in Fachgremien, fachliche Mitarbeit in länderübergreifenden Projekten
- Entwicklung und Koordination von Lehrplänen im Fach Sport
- Entwicklung des Sportabiturs
- Mitwirkung in der Lehrerfortbildung

Vorausgesetzt werden:

Fachliche Qualifikation

- 1. und 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, Lehrbefähigung für Sport
- mehrjährige Berufserfahrung

Überfachliche Qualifikationen:

- Engagement und Flexibilität
- Bereitschaft und Fähigkeit zur Arbeit im Team
- Aufgeschlossenheit für Innovationen
- Sicheres Auftreten
- Organisationsgeschick
- Überzeugende Kommunikationskompetenzen einschließlich der Beherrschung moderner Moderations- und Präsentationstechniken

Frauen werden besonders aufgefordert sich zu bewerben.

Die Rechte der Schwerbehinderten, bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt zu werden, bleiben unberührt.

Aussagekräftige Bewerbungen sind spätestens vier Wochen nach der Veröffentlichung im Amtsblatt auf dem Dienstweg an das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Schellingstraße 155, 80797 München, z.Hd. Herrn OStD Arnulf Zöller, zu richten.